L-02-314 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Georg Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu L-02

Nach Zeile 314 einfügen:
Umweltgerechtigkeit steigern

Ungleiche Qualität, räumliche Verteilung und ein unterschiedlicher Zugang zu Umweltressourcen verschärfen soziale Ungleichheit. Saubere Luft, Nachtruhe, wohnungsnahe Grünflächen und ein angenehmes Mikroklima sind in den Wohnquartieren ungleich verteilt. Das hat relevante gesundheitliche Auswirkungen. Unsere Stadt hat laut Berliner Umweltgerechtigkeitsatlas noch immer viele Orten, die vier- und fünffach belastet sind. Hier leben Menschen mit geringem Einkommen, die Luft ist schmutzig, es ist laut, im Sommer staut sich die Hitze und die nächsten Grünflächen sind zu weit entfernt. Das ist ungerecht und wir Grüne wollen hier ganz konkret Verbesserungen in der Stadt herbeiführen und die Anzahl fünf- und vierfach belasteten Gebiete in Berlin deutlich zu verringern.

Der wissenschaftliche Basisbericht zu Umweltgerechtigkeit im Land Berlin liegt mit Broschüren, Veranstaltungen und anderen Informationsmaterialien fertig vor. Nun kommt es darauf an, die Stadtgesellschaft über die Ergebnisse zu informieren und die zuständigen Fachämter in die Lage zu versetzen, den Handlungsbedarf umzusetzen Allen Dienststellen muss er als Grundlage für eine handlungsorientierte sozialräumliche Bau-, Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik bereitgestellt werden.

Ob Wasserbrunnen, grüne Oasen, Bäume und Baumscheiben oder Fahrradwege: Investitionen in Klimaanpassung, Stadtgrün und Umweltverbund sollten vor allem dort stattfinden, wo die Menschen gesundheitlich und sozial besonders stark belastet sind.Die Ursachen der gesundheitlichen Umweltbelastungen sollen reduziert und die Verbesserung von mehrfach belasteten Orten in den kommenden Jahren systematisch umgesetzt werden.

Schon heute engagieren sich Verwaltung und Initiativen in den Berliner Kiezen für mehr Umweltgerechtigkeit - auch wenn es nicht immer drauf steht. Dennoch bedarf es eines einer gesamtstädtischen Lenkung, damit in den drei- bis fünffach belasteten Quartieren prioritär Maßnahmen erfolgen, auch wenn es dort keine aktive Bürgerinitiative gibt.

Bestehende Konzepte der Städtebauförderung sind daher um den verpflichtenden Aspekt der Umweltgerechtigkeit zu ergänzen und dieser ist als Kriterium in alle Förderprogramme aufzunehmen. Durch einen Fonds für Umweltgerechtigkeit könnte das Land Berlin beispielsweise zusätzliche Unterstützung für Maßnahmen in besonders belasteten Gebieten zur Verfügung stellen. Die Bezirke müssen in dieser Aufgabe aber strukturell gestärkt werden. Schwerpunkt sollte hier auf Maßnahmen gelegt werden, die über gesetzliche Anforderungen hinausweisen

Das bedeutet konkret:

- Das Konzept der Umweltgerechtigkeit als Entscheidungsvorgabe bekannt machen.
- Bestehende Konzepte und Förderprogramm sind um den Aspekt der Umweltgerechtigkeit zu erweitern.
- Zum Beispiel durch einen Umweltgerechtigkeits-Fonds und die Bezirke stärken, damit sie Umweltungerechtigkeit abbauen können.

Begründung

Umwelt und Gerechtigkeit - das gehört zusammen! Neben den fachlichen Forderungen zu Bäumen, Bienen und Kleingärten müssen wir uns auch trauen, dieses Konzept prominent zu behandeln - und damit auch Menschen zu begeistern. Wir müssen das Thema Umweltgerechtigkeit aktiver in die Stadt tragen und gemeinsam um die besten Ideen streiten, WIE wir die Umweltgerechtigkeit steigern. Das ist knallharte Politik vor Ort! Statt ständig über die Verteidigung von Stadtgrün zu sprechen, können wir aber mit diesem Konzept in die politische Offensive kommen.
Unsere grüne Senatsverwaltung SenUVK wird demnächst den Bericht zum Thema Umweltgerechtigkeit vorstellen. Auch im Abgeordnetenhaus wird das Thema bald aufgerufen. Wir sollten als Partei diese Debatte von Beginn an mit prägen. Denn wir sind die einzigen, die es tun. Das muss uns auch ein eigenes Kapitel wert sein.

Dieser Antrag ist erarbeitet mit bzw unterstützt von Christiane Heiß, Clara Hermann, Anja Schillhaneck, Turgut Altug + Inka Seidel-Grothe.